

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger
Abonnements-Preis:
für Görlitz 12 sgr. 6 pf.
innerhalb des ganzen Preussischen
Staats incl. Porto-Ausschlag
15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonntag.
Insertions-Gebühren
für den Raum einer Corvus-Zeil
6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler.

Görlitz, Donnerstag den 24. Januar 1850.

Verlag von G. Heinze & Comp.

Der Central-Wahlaußschuß der verbundenen konservativen Vereine des preussischen Staates an Alle **Preußen!**

Durch unseren Aufruf vom 19. December haben wir Euch Allen, die Ihr es redlich meint mit unserem theuren Vaterlande, die hohe Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstage vor Augen gestellt und einem Jeden von Euch als heilige Pflicht an das Herz gelegt, am Wahltag seinen Platz zu behaupten. Und noch einmal rufen wir Euch zu: **Kein Mann fehle!**

Aber es treibt uns die Liebe zum Vaterlande, ein zweites Wort zu Euch zu reden, damit auch die rechten Männer zum Reichstage durch Eure Wahl entsendet werden: Abgeordnete, die dort beschließen, was uns frommt und nützt, und die uns nicht von dem eingeschlagenen Wege abermals in unheilvolle Irrungen zu unserer Aller Schaden zurückführen.

Wollt Ihr nur solche Abgeordnete auf dem Reichstage sehen, wohlan denn, so wählet jetzt die rechten Wahlmänner. Denn wie diese, werden jene sein. Ihr vertrauet eine große Entscheidung, Eure wichtigsten und höchsten Angelegenheiten Euren Wahlmännern an. Prüfet und erwäget daher wohl, wem Ihr Eure Stimme gebt.

Und worauf, Ihr preussischen Wähler, habt Ihr zu achten, daß Ihr nicht sehlgreift?

Nur die sind würdig, Eure Wahlmänner zu sein, denen 1) wahrhaft daran liegt, die Einigung Deutschlands auf dem von Preußen vorgezeichneten Wege zu erreichen und so der schmähhlichen Zerstückelung unseres großen gemeinsamen Vaterlandes ein Ziel zu setzen; die es fühlen, daß es vor Allem Preußens Pflicht und Beruf sei, das deutsche Volk durch Einigung im Inneren zu kräftigen und ihm nach Außen die machtvolle Stellung zu erringen, die ihm die Natur und eine tausendjährige Geschichte angewiesen haben;

die 2) daran festhalten, daß nur ein starkes, mächtiges Preußen Deutschland zu einigen vermag, und daß daher bei der Feststellung der Verfassung des deutschen Bundesstaates Preußen eine solche Stellung erhalten muß, daß es in Wahrheit Deutschlands Schutz und Schirm sein kann;

die endlich 3) die Gefahr vor Augen haben, die daraus erwachsen kann, daß nach §. 111. unserer revidirten preussischen Verfassung diese selbst abgeändert werden muß, soweit sie mit der künftigen Verfassung des Bundesstaates in Widerspruch stehen sollte, daß also Alles, was Preußen an Kraft und Festigkeit in diesem letzten Jahre mühevoll errungen hat, wieder in Frage gestellt wird, wenn sie nicht Abgeordnete zum Reichstage wählen, die dafür einstehen, unter allen Umständen die Stärke der preussischen Regierung im Inneren aufrecht zu erhalten und gegen das demokratische Gelüste, wie gegen unfruchtbare Theorien zu sichern.

Wählet also solche Männer, die mit ihrer ganzen Seele festhalten an dem Ruhme, der Größe, der Unabhängigkeit unseres preussischen Namens, und die eben deshalb auch wahrhaft deutsche Männer sind. Denn das allein ist Preußens Aufgabe und Sendung seit Jahrhunderten, wie jetzt, Deutschland voranzugehen auf den Wegen des Rechts, der Pflicht und der Ehre.

Wählet Männer, deren Herz für das Vaterland schlägt und die, was bei dem wahren Preußen dasselbe ist, treu halten

zu ihrem Könige. In wessen Herzen diese Treue wohnt, haben Euch die Stürme dieser Zeit gelehrt.

Wählet Männer, die nicht nur selbst erprobt sind, sondern auch die Herzen Anderer zu prüfen wissen. Denn wahrlich ein schweres Wahlgeschäft steht ihnen bevor. Nur Männer von festem Willen, von unerschütterlicher Treue, von aufrichtiger Hingebung an die Sache des Vaterlandes darf Preußen zum Reichstage entsenden. Dort gilt es nicht nur den Kampf gegen alle offenen und versteckten Angriffe der Demokraten, deren unablässiges Streben die Vernichtung Preußens ist, sondern auch gegen die haltlosen und unausführbaren Ideen und Pläne verblendeter Schwärmer, die das einzige Deutschland nur durch eine völlige Umgestaltung aller bestehenden Verhältnisse begründen wollen; es gilt den Kampf gegen die kleinlichen Sondergelüste und die immer rege Eiferjucht mancher deutschen Regierungen auf Preußens Glück und Größe; es gilt die Wahrung der deutschen Selbständigkeit gegen Uebergriffe der großen Staaten des Auslandes, die Deutschlands Schwäche zu ihren Zwecken ausbeuten, Deutschlands Stärke fürchten.

Darum prüfet Eure Wahl!

Vor Euren Augen stehe: Deutschlands Zukunft — Preußens Ehre und Macht — unser Aller Wohl und Wehe!

Berlin, am Weihnachtstage 1849.

Breslau. Der allgemeine constitutionelle Wahlaußschuß für Schlessien hat folgenden Aufruf erlassen: An die Wähler. Die betrübenden und unerwarteten Propositionen vom 7. d. M. haben bei Vielen die Hoffnung tief erschüttert, welche wir auf den Erfurter Reichstag setzen konnten; das Vertrauen, welches Deutschland zu Preußen gefaßt hatte, ist aufs Neue wankend geworden; die Bewegungen in Sachsen, Bayern, Württemberg für den Anschluß an den Erfurter Reichstag sind ins Stocken gerathen; die Partei in Preußen, welche für die deutsche Einheit kein Herz hat und sie möglichst zu hindern sucht, verdoppelt ihre Bemühungen und glaubt des Sieges sicher zu sein. Unter so traurigen Umständen haben Manche, die es mit der Einheit und Freiheit Deutschlands redlich meinen, Muth und Lust zu den deutschen Wahlen verloren.

Aber gerade jetzt wäre es doppelt Unrecht, den Gegnern ohne Widerstand das Feld zu räumen. Noch ist der Ausgang der neuen Verfassungswirren in Preußen nicht entschieden; noch läßt sich hoffen, daß unsere Regierung daraus als eine Verfassungstreue hervorgehen werde. Aber selbst wenn die Propositionen eine ausgedehntere Gültigkeit erlangen sollten, als zu wünschen ist, — in jedem Falle dürfen wir unsererseits das Werk der Einigung Deutschlands nicht im Stiche lassen. — In Erfurt wird es entschieden, ob Preußen getrennt von Deutschland zu der alten Alliance mit Rußland und Oesterreich und zu dem ehemaligen Regierungs-System zurückkehren wird, oder ob es im innigen Bunde mit Deutschland und in aufrichtig constitutioneller Verfassung und Gesinnung eine neue und große Bahn betreten soll, die nicht weniger Preußen als Deutschland in Freiheit und Einheit zu Ruhm und Glück führen kann. Darum ist es eine heilige Pflicht, daß ein Jeder das Seine zu dieser großen Entscheidung beitrage. Auf denn, Ihr Wähler, wählet

und wählet recht! Seid auf Eurer Gut vor denen, welche nicht entschieden und bestimmt entschlossen sind, den deutschen Bundesstaat schnell und sicher zu einer Wahrheit zu machen; wählet Niemand, der mit Revisionen, Bedingungen und Vorbehalten das große Werk verzögern möchte; denn mit dem Verzögern wird es zerstört. Wählet also und wählet recht!

Breslau, am 21. Januar 1850.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 17. Jan. Der äußersten Rechten ist die Aussicht auf eine Einigung, wie sie von Hrn. Camphausen angestrebt wird, nicht genehm. — Es muß noch erwähnt werden, daß die Commission der zweiten Kammer der Meinung war, daß es nicht an ihr, sondern an der Regierung sei, Vermittelungs-Vorschläge zu machen. Graf Arnim-Boitzenburg hatte diese Aeußerung der Commission durch seine Aufforderung, vermittelnde Vorschläge zu machen, hervorgerufen. — Die Vorschläge des Herrn Camphausen werden jedenfalls auch in der zweiten Kammer bei der Berathung im Plenum als Amendements eingebracht werden. — Seitens der Oberpräsidenten sollen schon früher Vorschläge hierher erfordert worden sein für vorzunehmende Pairs-Ernennungen. Höchsten Orts sollen bereits die Auswahlen zum Theil getroffen sein. — Die Ansprache „Annehmen oder Ablehnen“ ist Gegenstand sehr verschiedenartiger Auffassung geworden. Gestern hat demzufolge eine neue Versammlung stattgefunden, als deren Ergebnis zwei Ansprachen vor uns liegen. In der Einen: „Zur Verständigung“ überschieden, wird die Forderung der unbedingten Annahme dahin gestaltet: „Wir wollen nicht, daß der Reichstag zu Erfurt die Verfassung, die uns der König bietet, Paragraph für Paragraph von vorn herein noch einmal revidire; aber eine reifliche Prüfung und die Fortentwicklung der Verfassungsbestimmungen nach der Annahme müssen wir unseren Abgeordneten auf diesem und auf künftigen Reichstagen überlassen.“ — Der Schlachtruf der Partei lautet also jetzt: „Annehmen und dann Revidiren!“ Man meint mit der vorläufigen Annahme die Grundlage für den Bundesstaat zu gewinnen, gerade wie die vorläufige Annahme der Verfassung vom 5. December die Grundlage der constitutionellen und parlamentarischen Regierung für Preußen geworden ist. — Die Revision des Preßgesetzes in der zweiten Kammer wird sehr bald beginnen. Die äußerste Rechte besteht auf Cautionen für neu zu gründende Blätter. Schon bestehende Blätter sollen bei Verurtheilungen wegen Preßvergehen nachträglich zur Bestellung einer Caution verpflichtet werden.

Berlin, 19. Jan. Der Bericht des Herrn Simson, oder vielmehr der Verfassungs-Commission über die kgl. Botschaft, wird erst heute vertheilt, so daß es augenblicklich noch ungewiß ist, ob die Plenarberathung der zweiten Kammer schon am Dienstag stattfinden kann; spätestens wird sie dann am Mittwoch sein. Ueber das voraussichtliche Ergebnis dieser Berathung hatten sich die Ansichten heute Mittag um nichts geändert, da die Parteien Mielenz und Stadt London fortwährend einstimmig dabei verharren, die Vorlagen abzulehnen. — Es sollte indeß heute Abend noch eine Parteiberathung stattfinden, in welcher man auch einen wenigstens theilweisen Anschluß der Partei Mylius (die Bodelschwings'sche Fraction) zu erzielen hoffte, in welchem Falle sich die Kammer mit noch größerer Majorität für den ablehnenden Commissionsbericht aussprechen dürfte. — Trotz des heftigen Widerstandes, in welchem sich demnach die Parteien Mielenz und Stadt London gegen die Verfassungsvorlagen vom 7. d. M. befinden, feierten doch gerade die Vorstände dieser Fractionen den 18. d. M., als den eigentlichen Jahrestag des Krönungs- und Ordensfestes in Preußen, durch ein Festmahl in der Stadt London. — Am 17. d. M. wäre der Tag gewesen, wo der Waffenstillstand mit Dänemark, falls derselbe zu Ende gehen sollte, hätte gekündigt werden müssen, da dies nicht geschehen ist, so hat man, selbst wenn der Friede, über welchen jetzt verhandelt wird, nicht zu Stande kommen sollte, doch vor dem 17. April d. J. den Wiederbeginn der Feindseligkeiten nicht zu befürchten, da der Waffenstillstand laut Convention immer von sechs Wochen zu sechs Wochen gekündigt werden muß.

Ohne irgend welche weitere Betrachtung für heute daran zu knüpfen, mag hier die Aeußerung des neuen französischen Gesandten, Hrn. v. Persigny, eine Stelle finden: „Ich habe mit Freuden die königliche Botschaft vom 7. Januar begrüßt, weil es nothwendig ist, daß die Regierungen dem Uebermaß usurpirter Freiheiten gegenüber sich endlich zu einem entschiedenen Handeln wieder ermannen, und, sich gegenseitig stützend, so die ihnen gebührende Stellung wieder erlangen.“ Die Wichtigkeit dieser Aeußerung, gerade aus dem Munde des Abgeordneten Louis

Napoleon's, in Verbindung mit anderen Thatsachen, liefert uns wol nächstens interessanten Stoff zur Besprechung.

Der deutsche Wahl-Ausschuß, worin viele Mitglieder der Kammern sitzen*), ist gestern Abend um 6 Uhr wiederum zu einer Sitzung zusammengetreten, um die deutschen Angelegenheiten in ihrer jetzigen Lage in ernste Erwägung zu ziehen, und hat einen Aufruf erlassen, der die ganze Sachlage in ein klares Licht stellt. Es heißt darin:

„In unserer Ansprache vom 16. Decbr. v. J. haben wir kein Wahlprogramm für den Erfurter Reichstag aufgestellt; es schien uns genügend, an Diejenigen uns zu wenden, welche das Werk der deutschen Einigung auf Grundlage des Bündnisses vom 26. Mai v. J. erstreben.“

Die Ansprache hat erfreulich und zahlreiche Verbindungen nicht blos in Preußen, sondern auch in den verbündeten Staaten konnten angeknüpft werden. Aber auch an Mißverständnissen hat es nicht gefehlt, und von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, es möge von uns ein bestimmtes Programm für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufgestellt werden. Nach den zahlreichen Anstrengungen unserer politischen Freunde, die in den wesentlichen Punkten übereinstimmen, scheint dies kaum nöthig zu sein; bei Allen herrscht der Gedanke vor: es muß rasch und ohne Zeitverlust der deutsche Bundesstaat fest gegründet werden.

Aber noch ein Wort haben wir hinzuzufügen über die Beziehung, in welcher die preussische Verfassungsfrage gegenwärtig zu den nahen Reichstagswahlen steht — ein Wort der Ermuthigung für Solche, welche an dem Gelingen des deutschen Einigungswerkes jetzt verzagen möchten. Wir rufen ihnen zu, nicht abzulassen in ihrem Bestreben und mit aller Thätigkeit und Energie sich bei den Wahlen zu betheiligen. Wie auch die Lösung der jetzt schwebenden Fragen sich gestalten mag: das steht doch unter allen Umständen fest, daß die constitutionelle Monarchie für Preußen der verfassungsmäßige Rechtsboden bleibt, und daß Preußens Ehre für die Begründung des deutschen Bundesstaates verpfändet ist.“ (Bresl. Z.)

*) Wir nennen von schlesischen Abgeordneten: Graf Döbrn, Erbreich, Ende, Wilde, Nobe, v. Vinde, Wächter.

Berlin, 20. Jan. Veränderte Situation. — Herr von Radowiz. Die Transaction ist sich selbst überlassen, d. h. sie wird von Niemanden mehr patronirt. Die Minister waren nicht autorisirt, auf die Camphausenschen Vorschläge einzugehen. Da besann sich denn die Kammermajorität, daß sie sich unnütz compromittiren dürfte. So ist denn die Transaction ein Problem geworden. Was wird die Krone thun? Niemand weiß es. Was werden die Kammern thun? Niemand weiß es jetzt noch. Die Botschaft fällt nunmehr in die Kammerdebatten mitten hinein. Ich habe mich nie verpflichtet, Ihnen die Ereignisse zu prophezeien. Für heute aber ist die Lage verändert: dafür glaube ich einstehen zu können. — Was gestern als Gerücht in unseren Kreisen verbreitet war, ist heute Abend Gewißheit. Herr von Radowiz ist in Berlin erwartet. Schon heute Abend sollte er eintreffen. Seine Anwesenheit kann nur Gutes stiften, denn er muß begreifen, was auf dem Spiele steht. Jetzt gilt es für ihn, seinen Einfluß zum Heile des Vaterlandes geltend zu machen!

Breslau, 21. Jan. Was sind die Vorschläge der kgl. Botschaft vom 7. Jan.? — Sind sie nachträglich eingebrachte Revisionsvorschläge? — Unmöglich, dann wäre über sie von Haus aus entschieden, denn sie würden sich dann als Amendements an die betreffenden einzelnen Verfassungsartikel anschließen, welche den Revisionsproceß bereits durchlaufen. Für jeden dieser Artikel war jedoch die Revision in dem Momente geschlossen, in welchem es darüber zur Abstimmung kam, so wenig als es von diesem Momente ab den Kammern freistand, Verbesserungsvorschläge aufzustellen. Auch die Kammern sind offenbar dieser Ansicht, sonst hätten sie dieselben nicht den Commissionen überwiesen, sondern auf die kgl. Botschaft nur mit einer Adresse antworten können, welche die Berathung der Propositionen ehrfurchtsvoll abzulehnen hatte, um dieselben nach erfolgter Beschwörung (Sanction) der Verfassung im ordentlichen Wege der Gesetzgebung an die Kammern eingereicht zu erwarten.

Was sind denn die Vorschläge der königl. Botschaft? — Verbergen wir es uns nur nicht; nennen wir das Kind beim rechten Namen! Sie sind Ausflüsse derselben Machtvollkommenheit, aus welcher die Verfassung vom 5. Decbr. hervorging. Derselbe vollgewaltige Wille, der diese Verfassung verleiht, verleiht jetzt Verbesserungen derselben, bringt neue Artikel in sie hinein, streicht in ihr vorhandene aus und setzt andere an ihre Stelle. Hier enden alle Rechtsfragen, denn es fehlt an

jedem Rechtsmaßstab; ein Staatsgrundgesetz, an welchem allein der Umfang jenes Willens zu bemessen wäre, haben wir zur Zeit noch nicht. Für jetzt ist die Macht der Thatsache ihr Recht.

Die Vorschläge treten also als integrierende Theile der Urkunde vom 5. Decbr. auf; was in dieser durch sie geändert, oder gestrichen ist, das ist zusamt der darauf verwandten Revisionsarbeit verschwunden, als hätte es nie existirt. Die Revision ist sonach keinesweges geendet; es liegt ihr noch Stoff vor, und den Kammern bleibt nichts übrig, als frischweg weiter zu revidiren.

Zu welchen Resultaten könnte aber die Revision wohl führen? — Wir wollen die möglichen Fälle durchgehen:

- Die Kammern nehmen ohne Aenderung an. — Die Vorschläge gelten.
- Die Kammern verwerfen und bleiben bei ihren früheren Beschlüssen stehen. Die Krone sanctionirt diese Beschlüsse nicht. — Die Vorschläge gelten.
- Die Kammern verändern; die Krone verwirft die Aenderungen. — Die Vorschläge gelten.

Diese Fälle haben leider viel Aehnlichkeit mit dem berühmten Krokodill der Griechen, sie drücken aber die Sachlage aus. Sollen wir angeben, welchen derselben wir verwirklicht wünscheten, so erklären wir uns unbedenklich für den der rückhaltlosen Verwerfung. Die Kammern treten dann nicht aus ihrem Mandat heraus und überlassen der Krone, nachdem sie wieder die Initiative ergriffen, auch das weitere Handeln. Es steht vollkommen in der Freiheit derselben, die abgelehnten Vorschläge zurückzuziehen oder aufrecht zu erhalten. Geschieht das Letztere, so werden freilich unsere Minister zurücktreten, aber die Kammern werden dann das Bewußtsein haben, daß nicht sie es sind, die dieselben fallen lassen.

Der Befürchtung eines Ministeriums Gerlach aber mögen sie nur ja nicht Raum geben. Auf das Ministerium der rettenden That folgt nicht unmittelbar das Ministerium der vernichtenden That. Die Partei Gerlach ist viel zu klug, dies auch nur zu wollen. Sie weiß, daß Minister aus ihrer Mitte in den Kammern nur deren Auflösung aussprechen könnten, und daß dieses erste Wort auch ihr letztes wäre, da sie vor neuergewählten Kammern sicherlich nicht würden treten können.

Ein Ministerium der Unscheinbarkeit, des Zuwartens, gewählt aus der Kammerfraction der unmaßig mäßigen Constitutionellen, mit dem die Kammern die wenigen Wochen bis zum 26. Febr. allenfalls noch verhandeln können — ein solches Ministerium hätte man zunächst zu erwarten. Wir bleiben dann freilich noch im Provisorium; aber besser ein solches, als eine durch Concessionen verkrüppelte Verfassung, welche dem Rückschritt hundert Thore öffnet, während sie dem Fortschritt jede Pforte verrammelt.

Sachsen. Dresden, 19. Januar. Aus zuverlässiger Quelle, sagt ein Dresdener Correspondent der Breslauer Zeitung, kann ich die Mittheilung machen, daß die Vermählung der Prinzessin Elisabeth (geb. 4. Febr. 1830), der zweiten Tochter des Prinzen Johann, mit dem Herzoge v. Genua (geb. 15. Nov. 1822), dem Bruder des Königs von Sardinien, bald nach dem Osterfeste in Dresden stattfinden und daß der Bischof von Bautzen, Herr Dittrich, die Trauung vollziehen wird. (L. Allg. Z.)

Leipzig, 13. Januar. Unter den Leipziger Beamten jeder Gattung macht sich seit einiger Zeit, wie wir aus genauer Quelle wissen, eine starke Hineigung zu Preußen bemerkbar, namentlich ist dies der Fall bei allen richterlichen Beamten, die aber jedenfalls nur deshalb preussisch werden wollen, weil dort in allen Beziehungen öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren eingeführt ist. (Dr. Z.)

Leipzig, 17. Jan. Bei der offenbaren Theilnahmlosigkeit der Volkspartei an den Arbeiten unserer Kammern, die bei weitem weniger Adressen empfangen, als der vorige Landtag, ist es anerkennenswerth, daß der Leipziger Volksverein in den Versuch macht, für die Entscheidung wichtiger Fragen die Stimmen des Volkes zu sammeln und ihren Gesamtausdruck der Volksvertretung unterzubringen. So müht er sich z. B. gegenwärtig für Einführung von Schwurgerichten für alle politischen Vergehen, von der man hofft, daß sie den Maaßangeklagten zu Gute kommen werde. — Die deutsch-katholischen Gemeinden Sachsens werden wahrscheinlich in kurzer Frist sich in freie Gemeinden verwandeln; die kirchliche Bewegung, an der man in Sachsen und Thüringen ein so reges Interesse nimmt, hat bei uns ein Centralorgan gefunden, die „Dreie christliche Kirche“, Wochenschrift von Franz Rauch, die ich Ihren Lesern bestens empfehle.

Bayern. München, 19. Jan. Vom Abgeordneten Fürst Ludwig v. Dettlingen = Wallerstein ist folgende Interpellation (parlament. Anfrage) an den Minister des Aeußeren

im Hinblick auf die in der Ausführung begriffenen Wahlen zum Erfurter Reichstage eingereicht worden: „Da die an der Berliner Einigung festhaltenden Regierungen nun wirklich, und zwar auf Grund eines octroyirten (willkürlich gegebenen) Wahlgesetzes, die Wahlen zu einem Reichstage angeordnet haben, um mit diesem die ihnen wünschenswerthen Abänderungen der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung zu vereinbaren, und da sicheres Vernehmen nach von Seite der bayerischen Regierung gegen diese Wahlen schriftliche Verwahrung eingelegt wurde, so ersucht der Unterzeichnete den Herrn Staatsminister des Aeußeren: 1) um Niederlegung der bayerischen Verwahrungs-Akte und der preussischen Erwiderung auf den Tisch des Hauses; 2) um Beantwortung der Frage, ob die bayerische Verwahrung jene Gesamtvolksvertretung beziele, worauf das deutsche Volk ein geheiligtes, von den Regierungen selbst anerkanntes Recht besitzt, und welche Schritte bayerischer Seite behufs dieser Wiederberufung geschehen sind?“ (Epz. Ztg.)

Hannover, 18. Jan. In der heutigen Sitzung hat die II. Kammer den Windhorst'schen Antrag wegen Incompetenz (Nichtzuständigkeit) des Erfurter Reichs-Schiedsgerichts mit 38 gegen 30 Stimmen angenommen. Die Bildung eines competenten neuen Schiedsgerichts ist dem Verfassungsgebenden Reichstage vorbehalten. — Die Hoffnung der Deutschgesinnten in Berlin auf eine Verständigung mit Hannover über die deutschen Angelegenheiten ist jämmerlich zerschlagen worden. Der Gesandte, Hr. v. Malortie, wird in wenigen Tagen wieder nach Hannover abreisen. (Nat.-Ztg.)

Schwerin, 16. Jan. Sicherem Vernehmen nach hat der Verwaltungsrath zu Berlin in seiner am 11. d. M. abgehaltenen Sitzung einstimmig die nöthigen Beschlüsse gefaßt, um ein vielfach beabsichtigtes Vorschreiten der provisorischen Bundescommission zu Frankfurt in der mecklenburgischen Verfassungsangelegenheit zu verhindern. Da nun bisher auch keinerlei Erlaß in der Verfassungsangelegenheit an das mecklenburg-schwerinsche Ministerium gelangt ist, also die verschiedenen Zeitungsnachrichten, welche dies behaupten, auf Unwahrheiten beruhen, so steht auch in Maßgabe der vorgedachten, von dem Verwaltungsrathe gefaßten Beschlüsse nicht zu erwarten, daß die provisorische Bundescommission in dieser ganz außer dem Bereiche ihrer Competenz liegenden Angelegenheit überhaupt thätig werden wird.

Darmstadt, 17. Jan. Die Abgeordneten-Kammer verlangt Freilassung ihrer verhafteten Mitglieder, die Regierung protestirt.

Kassel, 16. Jan. Demokratischer Volksfrühling im Winter. Gestern fand ein Fackelzug zu Ehren der Mitglieder der linken Seite unserer Ständeversammlung statt. Ungeachtet der Kälte waren die Straßen mit beträchtlicher Volksmenge erfüllt. Die Ständemitglieder, denen die Huldigung galt, standen auf dem Balcon des Gasthofes zur Krone; Dr. Kellner leitete das ihnen gebrachte Hoch mit einer Protestation gegen die „Krone“ ein, die „von Osten her aufgedrungen werden soll“. Bayrhoffer erwiderte das Hoch, sprach von der Thätigkeit und den Bestrebungen der Linken und wie sie in Vielem unterlegen, in Manchem durchgedrungen, wie z. B. in dem Antrage auf Aufhebung der Befreiungen von der Wehrpflicht. Schließlich sprach er die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Demokratie aus und brachte dem braven deutschen Volke ein Hoch, welches Musik und Gesang begleiteten. Dann sprach Theobald von schlimmen Zeiten, verhielt einen neuen Völkerfrühling und brachte der Freiheit ein Hoch. Heise protestirte vor Gott und unter seinem freien Himmel im Namen „des Gesindels und der Gassenjugend“, auf deren Rechnung diese Feierlichkeit zu stellen man nicht verfehlen werde, gegen alles jetzt Bestehende und ließ die demokratisch-socialen Republik hoch leben. Er wurde mehrmals durch Beifallsrufe unterbrochen. Nachher zog die Schaar unter dem Gesange der Marseillaise friedlich ab. (Dr. Z.)

Aus Thüringen. Dem „Frankf. Journ.“ wird aus Thüringen, 10. Jan. geschrieben: Die vor einigen Tagen in einer Menge von Blättern (auch in der Nat.-Ztg.) verbreitete Nachricht, in Rudolstadt sei preussisches Militär eingerückt, sei unbegründet. (Epz. Z.)

Schleswig-Holstein. Kiel, 15. Jan. Man erzählt sich hier, die Landesverwaltung (in Flensburg) habe den General Hahn beauftragt, jetzt die holstein. Festungen Friedrichs-ort und Rendsburg zu besetzen. Gen. Hahn soll erwidert haben, er habe dazu weder Befehl von Berlin, noch die nöthige Truppenzahl. — Nach anderen Gerüchten würden die Preußen im Fall eines Ausrückens der Schweden in Flensburg einrücken, um Stadt und Land gegen die von Alsen her gerüstet drohenden Dänen zu schützen. Die friedlichen Proteste der Landschaft Angeln sind mit bewaffneter Execution durch nordische Truppen beantwortet wor-

den, denen noch zwei Compagnien preuß. Infanterie und dreißig Mann Cavallerie zur Deckung nachgefolgt sind.

Die Frankfurter Bundescommission geht, glaubhaftem Vernehmen nach, damit um, eine andere Organisation oder eine Verminderung der schleswig-holsteinischen Armee herbeizuführen.

Oesterreichische Länder.

Wien, 14. Jan. Die nunmehr erfolgte Aufhebung des Freihafens von Venedig hat daselbst neuerliche Auswanderungen herbeigeführt. Wiederholt heißt es, daß auch der Triester Freihafen aufgehoben werden soll, den zumest die hiesigen Industriellen als ein Haupthinderniß in der Entfaltung der österreichischen Industrie betrachten. — In Bosnien ziehen sich von Tag zu Tag größere Truppenmassen zusammen. Auch in der Kraina wird die allgemeine Bewaffnung und Befestigung mit großem Eifer betrieben.

Wien, 14. Jan. Die gerichtlichen Klagen der katholischen Geistlichkeit gegen evangelische Pastoren wegen gesetzwidrigen Benehmens bei Schließung der gemischten Ehen mehren sich besonders in Böhmen sehr. Im Laufe des verfloffenen Jahres kamen in der Königsgräzer Diocese allein 26 dergleichen Klagen vor. — Der Fürst von Serbien hat, wie der Czars berichtet, seinen Unterthanen das Erziehelassen der Kinder in Frankreich verboten; sollte das Erzieheln der Kinder außer Landes aber gewünscht werden, so kann es für die Zukunft in Rußland geschehen.

Wien, 16. Januar. Zwei Abgeordnete aus dem Großherzogthum Baden, die, wie es scheint, im Interesse der großen deutschen Partei gegen Preußen zu wirken suchten, wurden vom Fürsten Schwarzenberg zur Tafel gezogen, wo auch die übrigen Minister anwesend waren. Bei Tische kam das Gespräch auf den letzten Aufruf in Baden, und der Ministerpräsident drückte sein Erstaunen aus, wie die Mairevolution in einem Lande Platz greifen konnte, welches sich der freisinnigsten Regierung und des blühendsten Wohlstandes erfreute. Hierauf erwiderten die beiden Badener in treuherziger Sprache, es habe eben etliche Advokaten voll Ehrgeiz im Lande gegeben, die um jeden Preis Minister werden wollten. Bei diesen Worten soll der Fürst Schwarzenberg seine Collegen Schmerling und Bach mit ironischem Lächeln angeblickt und den aufrichtigen Schwaben gutmüthig die Hand gedrückt haben. (Bresl. Z.)

Frankreich.

Paris, 12. Jan. Ueber die gegenwärtig in Frankreich in der Entwicklung begriffene Krisis bemerkt die Times: Eine Menge Symptome legen Zeugniß ab von der allmähigen Auflösung der großen Partei der Ordnung, die sich zur Zeit der letzten Wahlen gebildet hatte. Die Ursache dieser Auflösung liegt in der Unmöglichkeit, über einen Führer oder die praktische Anwendung ihres politischen Principes einig zu werden. Die gegenwärtige Majorität will sich weder dem jetzigen noch einem anderen Ministerium unterordnen. Unzufriedenheit und Mißtrauen durchdringen alle Parteien, und die Nationalversammlung bot kaum ein beklagenswertheres Schauspiel dar in den schlimmsten Tagen der Revolution als jetzt. Aber wenn die Versammlung durch ihren Zwiespalt und ihre Schwäche in der öffentlichen Meinung sinkt, verliert der Präsident zugleich mit dem Vortheil ihrer energischen Unterstützung die Gefahr ihrer Opposition. Die Leute gewöhnen sich mehr und mehr daran, die ausübende Gewalt als die Quelle der endlichen Rettung zu betrachten; aber es darf nicht vergessen werden, daß, obgleich es schon drei Monate her ist, daß Ludwig Napoleon ein „Ministerium der That“ ernannte, noch keine That erfolgt ist. Es konnte kaum anders kommen; aber es ist dennoch schlimm genug, daß der Triumphwagen des Kaiserreichs sich zuletzt als ein tief in den Roth gefahrener Karren herausstellt. Wir glauben übrigens nicht, daß neue Erschütterungen für jetzt in Frankreich eintreten werden. Die nächsten Veränderungen gehen wol eher in den Gemächern des Palastes oder in den Sälen der Legislatur als in den Straßen vor sich. Aber die Maschinerie des Staats ist so aus den Fugen, daß jede neue Debatte ihn mit Zerfall bedroht; und es ist etwas lächerlich Verwirrendes in dem Charakter einer Nation, welche dem bloßen Phantome (Schein- und Trugbilde) des Ruhms in der südlichen Hälfte Amerikas nachjagen kann, während sie kaum der Treue der Banneille von Paris sicher ist. (Nat. Z.)

Paris, 16. Januar. Neuer Staatsstreich. Heute enthält wieder die „Liberté“ folgenden Artikel, für dessen Inhalt wir ihr die Verantwortlichkeit lassen: „Es heißt, daß der Präsident der Republik die Generale der Armee von Paris zu sich ins Elysee bestellt hat, um sie über die Geneigtheit der Truppen, ihn zum Kaiser auszurufen, zu befragen, und daß er zur

Antwort erhalten: die Truppen seien unentschieden, sie würden nicht den Anfang machen, sondern geschehen lassen, vorausgesetzt, daß kein unerwarteter Widerstand des Volks oder gewisser Generale sie nicht im entgegengesetzten Sinne fortzuziehen würde. Diese letzteren Generale wurden namentlich bezeichnet. Es war darauf von der Ersetzung des Generals Changanier durch den General Magnan im General-Commando der Militärdivision von Paris die Rede, falls ein imperialistischer Staatsstreich unternommen werden sollte.“ (Nat. Ztg.)

Straßburg, 12. Jan. Für die Auswanderung nach Amerika sind bei den hiesigen Agenturen für die Monate März und April mehr als 500 Zuglustige aus Süddeutschland angemeldet.

Politische Gedanken.

Hört mit den Jesuiten! ruft man, und zwar mit vollem und gutem historischem Recht. — Betrachtet man die Sache von der staatsrechtlichen Seite, gleich wie die Antwort anders fallen müssen. Eine Volksselbstherrschafft, die auf religiöse unbeschränkte Freiheit dringt, wird selbstverständlich auch die Jesuiten gewähren zu lassen haben, wie dies in den amerikanischen Vereinigten Staaten ganz natürlich sich ausgebildet hat. Das Volk wird sich gegen diese seine Feinde nur durch moralische Kraft und Intelligenz verteidigen können. Hat aber das Volk dies einzige Rettungsmittel sich vorher noch nicht angeeignet, ist es mit anderen Worten noch unmundig oder doch in moralisch-religiöser Beziehung noch unerfahren und unreif, so wird es allerdings sich bald in schwerem Nachtheil fühlen und seine Unreife zur politischen Selbstständigkeit bitter büßen müssen. — Gesetzt aber, der nach Umständen billige Wunsch wird dem Volke bereitwillig gewährt, so versagt die rein staatspolitische Partei die kirchlich-politisch höchst gefährlichen Jesuiten, und diese wandern aus, hier wie dort. — Was thut aber die freigewordene Partei der einheimischen protestantisch-politischen Jesuiten? — Sie schafft schnell Aemter und Würden, nicht um ihre geheimen, sondern ihre sehr öffentlichen und offenkundigen Wirkthätigkeiten gebührender Maßen durch äußere Ehren und inneren Familienwohlstand belohnen zu können. Vollkommen in der Ordnung, denn öffentliche Belohnungen haben in alter und neuer Zeit zu den Verdiensten einer guten öffentlichen Republik gehört. — Hatten wir alle früher religiöse Bekehrungsbegeisterer und Familienstörer in verhältnismäßig geringer Anzahl, so giebt es deren jetzt auf dem politischen Gebiete desto mehr; denn diese befolgen den alten Spruch: Seid feuchtwarm und mehret Euch, im buchstäblichsten Sinne noch viel eifriger als jene, und stehen ebenfalls ganz wie jene unter der weitreichenden Protection (Schutzverhältnis) — des weiblichen Geschlechts. Kurz diese völlig entsprechende Correspondenz (Gleichheitsverhältnis) ist so schlagend, daß die innere Wahlverwandtschaft zwischen den alten Jesuiten und den neuen Demokraten — der Zweck heiligt beinahe alle Mittel und heimliche Vorbehalte (reservations mentales) sind auch nicht zu verachten — sowie zwischen beiden und alten wie jungen Frauenzimmern, ohne Weiteres von selbst dem kurzschichtigsten Beobachter in die Augen springen muß, so wüthend sich diese Parteien auch scheinbar auf dem offenen Welttheater in feindseligster Stellung gegenüber stehen. — Durch größere Zahl also, wie durch neueste geschmackvolle Intelligenz, sind nun allerdings unsere neuesten politischen Parteimänner von der äußersten Linken und Rechten ihren katholischen Brüdern, den alten Jesuitenpolitikern, weit überlegen, die freilich früher in ihrer Blüthezeit, nur ganz im Stillen, auch einige weltliche Allotria trieben, wie z. B. Pater Joseph in einträglicher Peltik und andere Marsailer Jesuiten in günstigen Handelsconjuncturen allerdings auch nicht ganz unerhebliche Geschäfte und Profitsachen machten, und deshalb von den profanen Weltseelen vielfach beneidet und deshalb angefeindet wurden. Aber auch an Kraftentwicklung und äußerer Wirksamkeit lassen unsere neuesten protestantischen Jesuiten ihre alt- und strengkatholischen Brüder weit hinter sich zurück und diese letzteren scheinen in der That nach ihrer Aeltern-Wiedergeburt das Spiel jetzt gänzlich verloren zu haben, wofür ihnen nicht noch zur rechten Zeit irgendwo ein Allen überlegener geistesmächtiger Pater Joseph zur Hülfe und Rettung in der äußersten Noth erstet. — Bis dahin sind und werden jedenfalls die neuen Jesuitenpolitiker sich weit einflussreicher und demnach noch weit gefährlicher als die Schüler der spanischen Casuisten zeigen. Das beweiset schon mehr als nöthig das trefflich gelungene Doppelmanöver: Einen bösen Feind zum Wehle des Landes aus demselben hinausgeworfen oder doch unschädlich gemacht, und dafür zehn neue innere Feinde der Landeswohlfabrt geschaffen, welche der Staat oder die gesammte resp. Einwohnerenschaft sich nicht so leicht wieder vom Halse schütteln kann, wie jene alten Jesuiten!

Europa, sonst und jetzt.

(in österreichischer Mundart und Melodie).

Mei lieber Politicus, sog' mir was d' meinst?
Europa gefallt mir is besser als einst:
Wenn eh'dem a Fürst mit dem anneren stritt,
Sind is de Fürst'n enig, nur d' Völker noch nit;
Sont hieß es: wir darf'n nur denk'n was wir soll'n!
Iß denk'n wir halt g'radzu ganz was wir woll'n.
Do siecht man schon deutlich g'nug, des is gewiß,
Daß zwisch'n is und eh'dem an Unterschied is.

Der Franzmann ließ eh'dem den Pol'n ganz im Stich,
Bei Ungarn und Baden do rüppelt er sich;
Einst that er 'nen Consul zum Kaiser erhöh'n,
Doch is denkt er nur an Präs'denten zu krön'n;
Dreiß'nzwanzig do hot er de Spanjer h'glückt,
Neunvierzig die Republik Rom unterdrückt
Do siecht man so deutlich, des is doch gewiß,
Daß zwisch'n is und eh'dem an Unterschied is.

Der Wasserhund hat mel of's Festland zu g'bellt,
Indem er schon lange die Schnauze is hält;
Einst war all sein Thun auf den Handel gericht't,
Heut ist er of immer mehr Handel erpicht;
Sont wehr't er den türkschen Knoch'n dem Hahn,
Doch is soll der Bär diesen Knoch'n nit ha'n.
Do siecht man sehr deutlich, is des nit g'wis?
Daß zwisch'n is und eh'dem an Unterschied is.

Al'rand er zog gegen den gallischen Hahn,
Nielai siecht leider uns selbst dafür an;
Al'rand war Des'reich und Preußen geneigt,
Ihn'n hat sich Nielai als G'bieter gezeigt;
Al'rand ist einst an Erklärung erblas't,
Nielai weiß nit, wie Er die Welt noch verlast.
Do siecht man halt deutlich, des is gar zu g'wis
Laf zwisch'n is und eh'dem an Unterschied is.

Coda (Schlußcadenz).

Eh'dem war der Sachse nir Kleines im Reich,
Iß siecht er segar den Hof'nzollern fast gleich;
Der Sachs hat dem Reichstag sein'n Beifall erst g'zollt
Dann hot er d' Frankfurt'r G'sicht' nit g'wollt;
Vertrauen hot eh'dem Vertrauen erweckt,
Iß weiß man recht gut, wie des Mistrauen schmeckt.
Wird's denn noch nit deutlich und völlig g'wis
Wos zwisch'n is und sonst für an Unterschied is?

(Sächs. Bl.)

Allerhand.

* Man schreibt von Droy (Depart. der Dife), unter dem 2. Jan.: Man hat so eben in dem Dorfe Droy, zwischen den Meierereien St. Marcens und St. Agassi eine Entdeckung von der größten Wichtigkeit für die Archäologie gemacht. Ein ziemlich steiler, ganz mit Sandsteinblöcken bedeckter Hügel, welcher noch nie bearbeitet worden war, wurde von Jemand verkauft, welcher diese ungeheuren Felsen benutzen wollte. Nachdem er mehrere derselben hatte sprengen lassen, nahm er den größten von ihnen in Angriff. Nachdem dieser durch die Gewalt des Pulvers zersprengt worden war, zeigte sich der Eingang zu einer scheinbar künstlich gebauten Höhle, in deren Innerem man zwei Skelette fand, die ganz mit einer Bronzerüstung, einem kegelförmigen Helme, einem runden, im Mittelpunkte mit Gold gezielten Schilde, einem aus silbernen Platten gebildeten Gürtel bekleidet waren. Hächer und Lanzenspitzen, ebenfalls aus Bronze, waren ganz unversehrt geblieben.

Bei diesem Felsen, welcher den Skeletten zum Kissen gedient, hat man sechs große Gefäße von sehr fester schwarzer Erde gefunden, welche mit mythologischen Figuren geziert, und weiß und himmelblau gemalt waren. Das größte dieser Gefäße hat eine Höhe von 45 Centimetres (= 45 Hunderttheilen von 1 1/2 pr. Ellen.) In dem kleinsten befindet sich eine sehr dünne Goldplatte, von 10 Centimetres Länge, auf welcher sich eine in 150 Charakteren bestehende Inschrift befindet; diese Charaktere sind durchaus einerlei mit denen der celto-iberischen Münzen. (J. d. Deb.)

Zürich, 11. Jan. Noch immer bildet der Brand in Neuenburg das Tagesgespräch, und man ergeht sich in Muthmaßungen verschiedener Art. Die Flüchtlinge haben ihr bischen Habe ganz verloren. Das Feuer brach im zweiten Stock der Caserne aus, während oben schon viele in den Betten lagen. Der Tumult und Schrecken soll entsetzlich gewesen sein. Das Feuer griff so schnell um sich, daß an ein Löschen nicht zu denken war. Zum Glück waren die Dächer der umliegenden Häuser mit Schnee bedeckt, so daß die vom Winde darauf geschleuderten Feuerbrände nicht zündeten, sonst wäre ein ganzes Stadtviertel rettungslos verloren gewesen. Einige der Flüchtlinge sprangen aus den Fenstern, andere ließen sich an Betttüchern herab, eine große Leiter, auf welcher sich mehrere zu retten suchten, brach, und viele Quetschungen und Verwundungen fielen vor. Der Verdacht, die Polen hätten den Brand angezündet, brachte das Volk in eine solche Wuth gegen sie, daß noch größeres Unglück geschehen wäre, wenn nicht sogleich alle Polen wären verhaftet worden. Diese befinden sich nun in Gefangenschaft; die deutschen Flüchtlinge sind in einem Nachbardorfe untergebracht. — 45 Spritzen waren zu Hülfe geeilt. (Pp. 3.)

Lausitzer Nachrichten.

Aus dem Queisthale, 11. Januar. Ein Lehrer des Städtchens Marklissa, J., brachte in einer von einem Genesd'armen überwachten Gesellschaft, die sich zu einer Feier Waldeck's vereinigt hatte, ein Pöreat allen Denen aus, die einen Ehrenmann hatten in's Verderben stürzen wollen. Er ist nicht nur deshalb, sondern auch wegen seiner Theilnahme an jener Gesellschaft überhaupt vom Superintendenten im Auftrage der Regierung zu Liegnitz zu Protokoll vernommen worden, und hat somit die Untersuchung begonnen. Die Regierung hat es als unstatthaft bezeichnet, daß J. sich bei einer Versammlung von Demokraten betheiligt habe. — Am 11. Novbr. v. J. trafen in dem nahen böhmischen Weinhaufe zu Wünschendorf (dem Sammelpunkte der lebensfrohen Umgegend), wie das fast täglich geschieht, Männer der verschiedensten politischen Richtung zusammen, zufällig unter ihnen auch die früheren Abgeordneten der Nationalversammlung, Matthäi und Zenker. Das Gespräch war ein allgemeines und berührte am wenigsten den Märtyrer vom 9. November 1848. Am 22. December wurde der Wirth vor das österr. Amt zu Friedland (in Böhmen) geladen und beschuldigt, die Abhaltung einer Blumfeier, deren Theilnehmer namentlich angeführt waren, gestattet zu haben; die Anzeige gehe von dem preuß. Landrathsamte zu Lauban aus. (Nat. 3.)

Görlitz, 22. Jan. Bei dem heute durch Sr. Majestät den König abgehaltenen Ordensfeste sind an nachstehende Lausitzer verliehen worden: Der rothe Adler-Orden 4. Klasse, dem Bürgermeister Dr. Busch in Lieberose, Kreisgerichtsdirector Calow in Sorau, Kaufmann Ferdinand Schmidt in Görlitz, Landrath v. Schönfeld in Grotbus. Das allgemeine Ehrenzeichen: dem Verrichter Götte in Sorne bei Debrilngk, Rt. Luckan, dem Verrichter Lehmann in Siekmannsdorf bei Luckan, und dem Schulz Philipp in Alt-Deben, Rt. Kalau. — Außerdem sind noch folgende hohe Orden vertheilt worden: Es haben erhalten:

I. den rothen Adler-Orden dritter Klasse (mit der Schleife): Prof. Dr. Theod. Jul. Müller, Consist.-Rath zu Halle a/S. Prof. Dr. Niemeyer, Dir. der Frank'schen Stiftungen in Halle. Graf Pourtales, Gesandter in Constantinopel. Rintelen, erster Appell.-Ger.-Präsid. in Münster. Ruffer, Comm.-Rath in Breslau.

II. Den rothen Adler-Orden vierter Klasse: Fürbringer, Dir. des Waisenhauses in Bunzlau. Haffe, Kaufmann in Liegnitz. Prof. Dr. Kummer an der Universität zu Breslau. Kreisger.-Dir. Lachmund in Bunzlau. Raunyn, Bürgermeister in Berlin. Peters, evang. Pfarrer in Liegnitz. Außerdem sind noch 12 Jehanniter-Ritter (darunter auch der Pol.-Präs. v. Hinkeldey) zum meist aus altadeligem Geschlecht ernannt worden, wegegen der Adel unter den andern Stufen des Mittelranges verhältnismäßig seltener vorkommt, dagegen aber namentlich zahlreiche Commerciale und Schulmänner sich angeführt finden. — Im Ganzen wurden ertheilt 3 schwarze Adlerorden, 2 rothe Adlerorden 1. Klasse; 4 Sterne zum rothen Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub; 1 Stern zum rothen Adlerorden 2. Kl. ohne Eichenlaub; 14 rothe Adlerorden 2. Kl. mit Eichenlaub; 43 rothe Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife, 6 ohne die Schleife; 247 rothe Adlerorden 4. Kl. und 153 allgemeine Ehrenzeichen.

Görliger Kirchenliste.

Geboren. 1) Mstr. Joh. Daniel Aug. Kirche, B. u. Tuchfabrikant. allh., u. Frn. Joh. Christ. Eleonore geb. Wünsche, T., geb. den 29. Dec., get. d. 14. Jan., Bertha Hermine Hedwig. — 2) Joh. Carl Glob. Kehl, Gasthofsaufwärter allh., u. Frn. Joh. Eleonore geb. Voigt, T., geb. d. 2., get. d. 15. Jan., Dittlie Ida. — 3) Joh. Stieb. Kohl, Häusler zu Ober-Meyß, u. Frn. Joh. Christ. geb. Heinrich, T., geb. d. 10., get. d. 16. Jan., Joh. Louise. — 4) Frn. Carl Wilh. Seidlitz, Oberjäger im Rgl. 5. Jäger-Bat., u. Frn. Juliane Henriette geb. Fritzsche, S., todtgeb. d. 14. Jan. — 5) Carl Friedr. Aug. Brüggemann, Jnw. allh., u. Frn. Marie Rosine geb. Helwig, S., geb. d. 4., get. d. 18. Jan., Carl Aug. Robert. — 6) Mstr. Jul. Gustav Roder, B. u. Weißbäcker allh., u. Frn. Joh. Marie Doroth. geb. Pursche, S., geb. d. 7., get. d. 18. Jan., Gustav Otto. — 7) Frn. Mar. Herm. Seidel, Kfm. u. Desill. allh., u. Frn. Cäcilie Adelhaid geb. Wagner, S., geb. d. 9., get. d. 18. Jan., Alwin Gustav. — 8) Frn. Friedrich August Steininger, Maschinenbauer allh., u. Frn. Albertine Aurelie geb. Dietrich, S., geb. d. 1., get. d. 20. Jan., Carl Wilh. — 9) Mstr. Carl Friedr. Aug. Klopsch, B. u. Messerschm. allh., u. Frn. Christ. Carol. geb. Lieberand, S., geb. d. 3., get. d. 20. Jan., Carl Hermann Bruno. — 10) Gbelf. Adolph Buchwald, Tuchmachersges. allh., u. Frn. Joh. Charlotte geb. Schwarzbach, T., geb. d. 4., get. d. 20. Jan., Anna Emilie. — 11) Joh. Friedr. Mühle, Jnw. allh., u. Frn. Anna Christ. geb. Schmidt, T., geb. d. 7., get. d. 20. Jan., Amalie Anna. — 12) Joh. Traug. Hüttig, Jnw. allh., u. Frn. Joh. Helene geb. Hoffmann, S., geb. d. 9., get. den 20. Jan., Gustav Ferdinand. — 13) Christoph Nagte, Maurerges. allh., u. Frn. Joh. Elisab. geb. Güttler, S., geb. d. 10., get. d. 20. Jan., Ernst Wilhelm. — 14) Mstr. Heinr. Ernst Müller, B., auch Stell- u. Rademacher allh., u. Frn. Sophie Amalie geb. Thieme, S., todtgeb. d. 19. Jan.

Getraut. 1) Friedr. Wilh. Gustav Finkle, Tuchappret. u. Werkführer zu Groß-Raschütz bei Großenhain, u. Jgfr. Jul. Minna Klare, weil. Frn. Friedr. Ferdin. Klare's, B., Besamentir. u. Stadtgartenbes. allh., nachgel. ehel. zweite T., get. d. 15. Jan. — 2) Fr. Carl Friedr. Wilhelm Ewald Vothhoff, B. u. Kfm. zu Merane, u. Jgfr. Wilhelm. Amalie Mandel, Frn. Joh. Heinr. Mandel's, z. B. Particuliers allh., ehel. jüngste T., get. d. 15.

Jan. — 3) Friedr. Dreißig, Gefreiter d. 2. Bataill. (Freystadt) 6. Landw.-Regim., z. B. allh., u. Joh. Henr. Hennig, Carl Gottfr. Hennig's, Frei-häusl. u. Bäckers zu Ober-Beerberg, ehel. ält. T., get. d. 20. Jan. — 4) Carl August Starke, Tuchmachersges. allh., u. Frn. Christ. Charl. Theresie Brückner geb. Theunert, weil. Mstr. Imman. Aug. Brückner's, B. u. Naders allh., nachgel. Bw., get. d. 20. Jan. — 5) Joh. Carl Gottlob Rutter, Maurerges. zu Nieder-Ludwigsdorf, u. Joh. Christ. Friedr. Pegold, Joh. Friedrich Pegold's, B. u. Stadtgartenbes. allh., ehel. ält. T., get. d. 21. Jan. — 6) Carl Traug. Rudolph, Jnw. allh., u. Joh. Ros. Scholz, weil. Joh. Stieb. Scholz's, Häusl. zu Ober-Kesselsdorf, nachgel. ehel. jüngste T., get. d. 21. Jan. — 7) Mstr. Heinr. Aug. Engelmann, B. u. Tischler zu Bernstadt in Sachsen, u. Jgfr. Aug. Ther. Martin, Joh. Friedr. Martin's, Jnw. allh., ehel. zweite T., get. d. 21. Jan. — 8) Joh. Adolph Richter, Jnw., Schuhmach. u. Zeughändler allh., u. Jgfr. Marie Elisabeth Knothe, Joh. Traug. Knothe's, Gärtm., Schulvorstand. u. Gerichtsältesten zu Poststendorf, ehel. jüngste T., get. d. 21. Januar in Leschwitz.

Gestorben. 1) Fr. Christ. Dorothea Ender geb. Klotz, weil. Mstr. Joh. Sam. Ender's, B. u. Tuchmach. allh., Bw., gest. d. 14. Jan., alt 82 J. 4 M. 30 T. — 2) Fr. Marie Doroth. Matthäus geb. Gähler, weil. Joh. Friedr. Matthäus', Schuhmach. u. Hausbes. zu Radmeritz, Bw., gest. d. 16. Jan., alt 74 J. 6 M. 17 T. — 3) Fr. Joh. Christ. Engel geb. Seidel, weil. Mstr. Friedr. Wilh. Engel's, B., Fuß- u. Waffenschm. allh., Bw., gest. d. 16. Jan., alt 69 J. 9 M. 30 T. — 4) Joh. Gottfr. Warnst, B. u. Hausbes. allh., auch Häusler in Hemmersdorf, gest. d. 15. Jan., alt 52 J. 1 T. — 5) Joh. Gottfr. Thomas, Tuchscheererges. allh., gest. d. 15. Jan., alt 50 J. 3 M. — 6) Mstr. Carl Imman. Schulze, B. u. Schuhm. allh., gest. d. 10. Jan., alt 41 J. 11 T. — 7) Joh. Eduard John's, B. u. Schuhmach. allh., u. Frn. Charl. Emilie geb. Strenger, S., Ernst Emil, gest. d. 16. Jan., alt 5 M. 28 T. — 8) Friedrich Ferdinand Glander's, Schlosserges. allh., u. Frn. Aug. Carol. Sophie geb. Steingraber, T., Anna Marie Adelhaid, gest. d. 13. Jan., alt 30 T. — 9) Joh. Traug. Friedland's, Fabrikarb. allh., u. Frn. Joh. Christ. geb. Vöthig, S., Ernst Paul, gest. d. 15. Jan., alt 4 M. 30 T. — 10) Joh. Gottfr. Noitsch, B. u. Jnw. allh., gest. d. 17. Jan., alt 67 J. 7 M. 5 T. — In der christl. th. G e m e i n d e: 11) Emanuel Buda, Schuhmachersges. allh., u. Frn. Henriette Amalie geb. Schirmer, S., Emon. Paul Gustav, gest. d. 19. Jan., alt 21 T.

B e k a n n t m a c h u n g e n .

[82] Auctions-Anzeige.

Die nachstehend bezeichneten 40 Stück neue Kachelöfen:

- 2 Säulenöfen mit Schmelzglasur, taxirt à 26 Thlr.,
- 2 Kaminöfen " " " " à 30 "
- 5 feine weiße Defen " " " " à 24 "
- 5 " blaue " " " " " " à 14 "
- 2 " graue " " " " " " à 15 "
- 4 " violette " " " " " " "
- 20 weiße Begußöfen " " " " " " "

sollen **Mittwoch den 30. Januar d. J.**

von Vormittags 10 Uhr abwärts

im hiesigen Bürgerwehr-Wachlocale, neben dem Rathskeller, meistbietend gegen sofortige Baarzahlung in Preuß. Courant versteigert werden. Görlitz, den 16. Januar 1850.

Königl. Darlehnskassen-Agentur.

Bier-Abzug im Dreßler'schen Brauhofe,

am Obermarkt No. 134.

[89] **Sonnabend den 26. Januar Gerstenweißbier.**

Bekanntmachung.

Einem verehrten hiesigen und auswärtigen Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich durch den Wohlwöbllichen Magistrat es erlangt habe, mit meinem Chore alle Musikaufführungen, sei es bei Freud oder Leid, zu übernehmen, und hoffe bei diesfälligen Aufträgen ein geehrtes Publikum durch die größte Billigkeit und gewiß prompte Bedienung zufrieden zu stellen.

Ränge, Musik-Dirigent.

Wohnhaft in der Krischelgasse No. 46., beim

[90] **Tuchschreiermeister Frn. Christmann.**

[31] Für sehr ruhige Miether ist ein eben solches und bequemes Quartier (2 Stuben nebst Alkove hinten heraus) zu beziehen. Näheres in der Expedition der Lausitzer Zeitung.

Literarische Anzeige.

Bei **G. Heinze & Comp.** in Görlitz, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

[16] **Dr. L. Kiesewetter's** neuer practischer

Universal-Briefsteller.

3te verbesserte Auflage.

Inhalt: Hauptregeln der Rechtschreibung — Von der Interpunctien — Vom Styl — Ueber den Ton in Briefen — Innere und äußere Einrichtung der Briefe — Vom Titelwesen — Eingaben, Bittschriften, Gesuche, Beschwerden, Vorstellungen etc. an Behörden — Amtliche Berichte, Entachten — Bittschriften, Fürbitten, Gesuche, Bewerbungen etc. an Privatpersonen nebst Antworten — Einladungsschreiben, Gevatterbriefe — Einladungen, Anzeigen etc. mittelst Karten — Todes-, Geburts-, Verlobungs-, Heirathsanzeigen und andere Familiennachrichten — Benachrichtigungen, Erzählungen, Schilderungen — Rath und Belehrung fordernde und ertheilende Briefe — Erinnerungs- und Mahnbriefe, Aufträge, Bestellungen, Zufertigungsschreiben etc. — Kaufmännische Briefe — Empfehlungsschreiben — Aufkündigungen der Miete, des Pachtens, der Capitalien — Beschwerden, Vorstellungen, Verwürfe, Ermahnungen, Warnungen — Entschuldigungs- und Rechtfertigungsschreiben — Freundschaftliche Briefe — Briefe in Liebes- und Heirathsangelegenheiten — Glückwünschschreiben — Beileidsbezeugungs- und Trostbriefe — Besenkungsbriefe — Dankagungsschreiben — Briefe gemischten Inhalts — Contracte — Verträge — Vergleiche — Legirwillige Verordnungen — Schuldscheine — Quittungen, Pfand-, Depositen- und Tilgungsscheine — Von Wecheln und Anweisungen — Bürgschafts- und Expromissionscheine — Vollmachten — Reversen — Cessionen — Zeugnisse — Anzeigen, Aufkündigungen, Gesuche aller Art in öffentliche Blätter — Formulare zu Frachtbriefen — Declarationen — Rechnungformulare — Stammbuchsaufzüge — Fremdwörterbuch. 24 Bogen groß Octav. 1849. Dauerhaft gebunden 15 Sgr.